

## Auswertung der Wahlprüfsteine zur Beendigung der Wohnungsnot in Berlin-

1. Wie positioniert sich Ihre Partei zum Ziel des Europaparlaments zur Beendigung der Obdachlosigkeit in der EU bis 2030?
2. Welche Schritte planen Sie zur Beendigung von Wohn- und Obdachlosigkeit in Berlin? Was wollen Sie konkret in den ersten 100 Tagen Ihrer Regierungszeit umsetzen?
3. Wie positioniert sich Ihre Partei zum möglichen Masterplan zur Beendigung der Wohnungsnot in Berlin?
4. Was plant Ihre Partei (auch in Anbetracht des gekippten Mietendeckels) an Maßnahmen, um den Wohnungsmarkt in Berlin langfristig zu stabilisieren und für alle Menschen möglichst gerecht zugänglich zu machen?
5. Welche weiteren Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von wohnungslosen Menschen plant Ihre Partei für Berlin?

### FDP:

Die FDP bezeichnet das Ziel als „**positiv**“ und vertritt die Meinung, dass Obdachlosigkeit als „**Länder- und Staatenübergreifendes Problem**“ zu werten ist, welches durch den EU-Beschluss stärker ins Bewusstsein rückt.

Hierzu sollen folgende Schritte ergriffen werden:

- **Stärkung von Präventionsarbeit**, die schon in Schulen und Jugendämtern und Jugendhilfeeinrichtungen ansetzen soll
- **Vereinfachter Zugang zu Wohngeld**, Vermittlung von Wohngeldberechtigten an präventive Beratungsstellen
- Erhöhung des Kontingents des **Geschützten Marktsegments** und Erfüllung des **gemeinwohlorientierten Auftrags** der städtischen Wohnungsbaugesellschaften
- Ausweitung des Angebots von Trägerwohnraum
- Vereinfachung des Zugangs zum Hilfesystem durch Abbau von unnötiger Bürokratie
- **Neuregelung der Zuständigkeiten und Verwaltungsabläufe** sowie Schaffung von einheitlichen Standards inklusive einer Koordinierungsstelle durch die „**Berliner Strategie**“ (Zentralen Koordinierungsstelle auf Landesebene / Zentralen Fachstellen auf Bezirksebene)
- Etablierung eines zugänglichen Angebotskatalogs für das Hilfesystem
- **Ausbau von „Housing First“**
- Saisonaler und unbürokratischer Zugang zu Unterkünften sowie **Weiterführung der 24/7 Notunterkünfte** und ihre Angebote als funktionierendes Modell
- Intensivierung von **Streetwork**
- Rechtzeitige **Hilfeleistung für haftentlassene Menschen**
- Förderung von ehrenamtlichen Tätigkeiten
- Präventive und integrative Gesundheitsversorgung
- Schaffung eines **eigenständigen Budgets zur Umsetzung des Masterplans**
- **Förderung von privatem Bau** durch Bauförderung und Entbürokratisierung bzw. Flexibilisierung der Bauauflagen

Zur langfristigen Verbesserung der Situation plant die FDP zeitnahe **statistische Erhebungen** als Grundlage für politische Prioritätensetzung. Zudem soll durch eine deutschlandweite Herangehensweise, einer erhöhten personellen Besetzung von Baubehörden und der Akzeptanz von alternativen und innovativen Wohnkonzepten eine **Neubauoffensive** erreicht werden. Zusätzlich soll eine Kompetenzstelle „**Servicestelle Arbeitnehmerfreizügigkeit**“ nach Hamburger

Vorbild geschaffen werden, die sich auf Arbeitsvermittlung durch fremdsprachige Sozialarbeiter:innen, Rechtsberatung, Perspektivvermittlung und der Ermöglichung einer kostenlosen Rückkehr ins Heimatland konzentrieren soll.

#### **CDU:**

Die CDU „steht hinter der Europäischen Sozialcharta“ und begrüßt „**nationale und europäische Lösungen**“. Hierbei argumentiert sie für ein abgestimmtes Konzept zur Bekämpfung der Wohnungs- und Obdachlosigkeit in Berlin und plädiert insbesondere für den Ausbau von **europäischen Projekten** wie das polnische „Barka Foundation for Mutual Help“, in dem es um die Rückführung polnischer Menschen geht, die in Deutschland obdachlos sind und darum, diese in ihrem Heimatland wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Hierzu sollen folgende Schritte ergriffen werden:

- Mehr, schneller und kostengünstiger neue Wohnungen bauen – **300.000 neue Wohnungen sollen bis 2035 errichtet werden**
- Keine „Scheinselösungen“ wie Mietendeckel und Enteignungen
- Ausbau von „**Housing First**“
- Verbesserung des Zugangs zu Wohnraum von „benachteiligte Personengruppen“
- Stärkung von **Prävention**, vor allem schon im Bereich der Jugendhilfe und bei Benachrichtigung der Sozialämter bezüglich Räumungsklagen
- Finanzielle Stärkung von ehrenamtlichen Engagement
- Spezielle Angebote für Frauen und Familien
- **Personelle Stärkungen der Sozialen Wohnhilfe** und der **Sozialpsychiatrischen Dienste**
- Anpassung der ASOG-Einrichtungen - Menschen sollen hier nicht monate- oder gar jahrelang untergebracht werden
- Etablierung der **gesamtstädtischen Steuerung** in der Verwaltung
- **Ausbau der Beratungsangebote für obdachlose EU-BürgerInnen**
- Schnellere Bearbeitung von Anträge zur **Übernahme von Mietschulden**

Zur langfristigen Verbesserung der Situation setzt die CDU vor allem auf den **Wohnungsbau**. Hierfür sollen sozial gemischte und ökologisch nachhaltige neue Quartiere erschaffen werden, das Verfahren für Baugenehmigungen verkürzt und ein Bündnis mit allen Akteur:Innen der Wohnungs- und Immobilienbranche ins Leben gerufen werden.

Des Weiteren sollen **Spekulationsgewinne auf Grundstücksverkäufe konsequent besteuert** werden. Ein Mietendeckel soll nicht eingeführt werden, da dieser sozial ungerecht sei, weil er vor allem gut situierte Mieterinnen und Mieter in teuren, sanierten Altbauwohnungen in der Innenstadt am meisten profitieren lässt. Jedoch sollen Mieterinnen und Mieter durch die konsequente Durchsetzung von bundespolitische rechtliche Maßnahmen wie **Mietpreisbremse, qualifizierter Mietspiegel, Wucherparagraf oder Sittenwidrigkeit** geschützt und ein „**Berliner Mietergeld**“ für Menschen, die keinen Anspruch auf einen Wohnungsberechtigungsschein haben, einführt werden.

#### **Die Linke:**

Die Linke **begrüßt die EU-Entscheidung** und weist darauf hin, dass ihre Partei den Entschluss sofort aufgegriffen und darauf aufbauend einen Meinungsbeitrag im Tagesspiegel veröffentlicht und den „Masterplan zur Überwindung von Wohnungslosigkeit und Wohnungsnot in Berlin“ vorgeschlagen hat. Sie betont, dass Wohnungs- und Obdachlosigkeit langfristig und nachhaltig nur mithilfe einer **politischen Strategie auf Bundes- und europäischer Ebene** beendet werden kann und dass es hierfür einer „**grundlegender struktureller Änderung**“ bedarf.

Die Linke hofft, dass die Bundesebene durch den Europäischen Entschluss an ihre „Pflichten“ erinnert wird und dass die EU auch die nötigen finanziellen Rahmenbedingungen schafft, um nötige Maßnahmen umsetzen zu können.

Hierzu sollen folgende Schritte ergriffen werden:

- Stärkung der **Prävention** von Wohnraumverlust
- Das aktuelle Unterbringungssystem soll perspektivisch zur „**sozialen Wohnraumversorgung**“ umgebaut werden
- **Housing First als Regelansatz** der Berliner Wohnungslosenhilfe
- Notunterkünfte bzw. **Kältehilfe** soll **ganzjährig** erhalten und organisatorisch und finanziell besser ausgestattet sowie durch professionelle Hilfen erweitert werden
- Mithilfe einer „**Gebührensatzung**“ soll verhindert werden, dass wohnungslose Menschen und Geflüchtete hohe Summen für Unterbringungen aufbringen müssen
- Das Hilfesystem soll leichter zugänglich und flächendeckend ausgebaut und weiterentwickelt werden
- **Wohnungsnotfallstatistik** soll fest etabliert und somit die Datengrundlage verbessert werden
- **AV Wohnen soll weiterentwickelt werden**, außerdem sollen Mietzusicherungen durch das JobCenter oder Sozialamt grundsätzlich erteilt werden, wenn andernfalls die Kosten für Unterbringung nach ASOG höher wären, auch wenn die Kosten der Unterkunft in diesen Fällen die Angemessenheitsgrenzen aus der AV Wohnen überschreiten würden

Zur langfristigen Verbesserung der Situation sieht Die Linke eine **Vergesellschaftung von Immobilienkonzernen, die Einführung eines bundesweiten Mietendeckels**, die Etablierung eines Bundes- und landesrechtlichen Ordnungsrahmens, der die Wohnungswirtschaft an feste Regeln bindet, und eine **Sozialwohnungsquote bei Neubau** vor.

#### **Bündnis 90/Die Grünen:**

Die Grünen sehen sich als **Hauptverantwortliche für den Entschluss im EU-Parlament** und stehen demzufolge dahinter; sie plädieren für ein „**konkretes EU-Programm**“ und wollen außerdem ein „**nationales Aktionsprogramm**“ auflegen, um Wohnungs- und Obdachlosigkeit zu beenden.

Hierzu sollen folgende Schritte ergriffen werden:

- Weiterentwicklung der **Kältehilfe** und der ASOG-Unterbringungen
- **Ausbau von 24/7 Einrichtungen** sowie beschleunigte Umsetzung der **Gesamtstädtischen Steuerung der Unterbringung**
- **Ausbau des Housing First und Weiterentwicklung der Angebote nach §67 SGB XII**
- Zur Verfügung Stellung von 600 ganzjährigen Schlafplätzen in den Notschlafstellen, zudem über 1000 gesicherte Plätze im Winter - immer verknüpft mit Beratungsangeboten
- Ausweitung von **Milieuschutz, Abschaffung der derzeitigen Modernisierungumlage** und **Gestaltung der AV Wohnen zum Schutz vor Wohnungslosigkeit und Diskriminierung**
- Nutzung der Expertise des LAF zur Beendigung der Wohnungslosigkeit und perspektivischer **Umbau zu einem „Landesamt für Unterbringung“**
- Einbettung des „Masterplan“ in eine übergreifende bundesweite Struktur
- Haupt-, Dreh- und Angelpunkt muss das **Angebot an leistbarem Wohnraum** sein
- Schaffung eines Wohnungsmarktes, auf dem in 30 Jahren (**bis 2050**) **50 Prozent des Wohnraums gemeinwohlorientiert ist**
- Städtische Bürgschaften für gemeinwohlorientierte Projekte
- Einbindung der neuen Leitlinien der Wohnungslosenhilfe in den Masterplan

Zur langfristigen Verbesserung der Situation sehen die Bündnis 90 / Die Grünen das Kernanliegen beim **sozialen Wohnungsbau** mit bezahlbaren Mieten. Hier soll die eigene Wohnung im Mittelpunkt

stehen. Hierbei soll Spekulation mit Wohnraum endlich beendet werden, ein **bundesweiter Mietendeckel** eingeführt und **Wohnen als Grundrecht im Grundgesetz** anerkannt werden.

### SPD

Die SPD **bekannt sich zu dem Ziel, Obdachlosigkeit bis 2030 beenden zu wollen**. In Berlin bedeutet das ein schnellstmögliches in Aktion treten, das die SPD mit den folgenden Schritten umsetzen will:

- Etablierung der **gesamstädtischen Steuerung der Unterbringung**
- Fortführung einer **regelmäßigen Zählung** von obdachloser Menschen
- Stärkung des „**Housing First**“ Modells und „Verzahnung“ mit anderen betreuten Wohnformen
- **Ausweitung des geschützten Marktsegments**
- Stärkung von **Prävention**
- Ganzjährige zur Verfügungstellung von unbürokratischen Beratungs- und Versorgungsangeboten
- Kältehilfe muss „dauerhaft erhalten bleiben“
- Schaffung und **Ausbau von Übergangsunterkünften** spezifisch für wohnungslose Familien, Alleinerziehende, Frauen und Menschen mit Behinderungen
- **Mehr kieznahe Übergangsunterkünften** für wohnungslose Familien und Alleinerziehende
- **200.000 neue Wohnungen in Berlin bis 2030 bauen**
- Ab 2021 **Wohnungsbauförderung von 5.000 Wohnungen jährlich**
- **Barrierefreie und rollstuhlgerechte Wohnungen** für Senior:innen und Menschen mit Behinderungen
- Beschleunigung des im Jahr 2014 aufgelegten **Neubauprogramms für Studierende und Auszubildende**
- **Zeitlich unbegrenzte Bindung von Sozialwohnungen**
- **Flexiblere Regelung bezüglich der Übernahme von Miet- und Heizkosten in Notlagen** durch das JobCenter und Grundsicherungsämter
- Landesprogramm für die **Einführung von Wohngemeinnützigkeit**
- Einführung eines **grundsätzlichen Umwandlungsverbots von Miets- in Eigentumswohnung bei angespannten Wohnungsmärkten (auf Bundesebene)**
- Zeitlich befristetes **Mietenmoratorium**: Mieten können für eine bestimmte Zeit nur im Rahmen der Inflationsrate erhöht werden
- Einrichten einer **Landesenquete-Kommission gegen Rassismus-**

Laut der SPD bleibt „die beste Politik gegen Obdachlosigkeit eine **soziale Wohnpolitik**“. Zur langfristigen Verbesserung der Situation möchte die SPD daher ein **bezahlbares und ausreichendes Wohnungsangebot für alle** schaffen. Dies gedenkt sie mit der schon oben beschriebenen Schaffung von 200.000 neue Wohnungen in Berlin bis 2030 zu erreichen. Zudem sollen sich zu diesem Zeitpunkt 500.000 Wohnung im landeigenen Besitz befinden.

Bereits hier lebende Berliner und Berlinerinnen sollen nicht aus ihren Wohnungen verdrängt werden und solch ein wirksamer Mieter:Innenschutz soll durch die **Ausweitung des Milieuschutzgebietes** und dem **Schutz von bestehenden Mietverträgen durch Eigenbedarfskündigungen** durch die Erwerber:Innen erreicht werden.

Zudem möchte die SPD bei der Versorgung mit Wohnraum besonders **die Menschen im Blick haben, die es am Wohnungsmarkt besonders schwer haben**. Daher planen sie die Weiterführung des 2014 aufgelegten Neubauprogramms für Studierende und Auszubildende, die Schaffung zusätzlicher barrierefreier und rollstuhlgerechter Wohnungen für Senior:Innen und Menschen mit Behinderungen, die Einrichtung einer Kommission gegen Rassismus, der Schaffung von zusätzlichen

Krankenwohnungen für obdachlose Menschen sowie den Ausbau von speziellen Angebote für obdachlose Frauen.